

MietenStoppDemo in der Landeshauptstadt

Potsdam - Am 15. September fand zum wiederholten Mal eine große Demonstration unter dem Thema „Miete? Stopp! Jetzt!“ in Potsdam statt. Da dies nach Redaktionsschluss datiert, werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich dazu berichten. Organisator ist ein Bündnis von Aktivisten und Mieterinitiativen der Bewegung „Stadt für alle“. Zum Inhalt, zu den Forderungen und zu den Unterstützern dieser Bewegung siehe www.stadtfueralle.de. Bereits die Pressekonferenz (PK) am 5. September 2017 zur Ankündigung der Demo und zur Erläuterung der Forderungen zeigte die Hauptstoßrichtung: Die PK fand demonstrativ unmittelbar am Gebäude des kommunalen Wohnungsunternehmens ProPotsdam statt (siehe Foto). Die harsche Kritik der Organisatoren und deren Forderungen richten



Fotos: Dr. Rainer Radloff

sich folglich gegen dieses und gegen die Stadtverwaltung sowie gegen die Entscheidungen der Mehrheit der Stadtverordneten. Hauptvorwurf ist das Fehlen bezahlbarer Wohnungen, die Segregation in der Innenstadt, die hohen Neubaumieten und die teuren Sanierungen sowie die Privatisierung kommunaler

Wohnungsbestände im Höchstgebotsverfahren. Und eine der Forderungen ist die Absenkung der Mieten der kommunalen Wohnungen sowie der Verzicht auf weitere Mieterhöhungen. Unser Landesverband sowie die Potsdamer Mietervereine begleiten die Aktivitäten und Forderungen der Bewegung seit

Jahren mit Interesse, und einige der Kritiken können durchaus mitgetragen werden. Andererseits sind unseres Erachtens andere Kritiken und Forderungen nicht berechtigt oder an die falsche Adresse gerichtet. Deshalb sind wir nicht offizieller Unterstützer oder Mitorganisator der Demo, hatten allerdings unsere Mitglieder zu Termin und Inhalt informiert, um ihnen eine Teilnahme zu ermöglichen. Unsere Internetseite machte bereits ab 5. September auf die Veranstaltung aufmerksam. Am Rande der Pressekonferenz konnte unser Landesvorsitzender sich wiederholt mit den Organisatoren inhaltlich austauschen und hat sie unter anderem auf unsere Forderungen sowie auf das Erfordernis einer bundesweiten neuen Wohnungsgemeinnützigkeit hingewiesen. Wir werden auch künftig dazu im Gespräch bleiben. ■

Die Qual der Wahl und die möglichen Folgen des Ergebnisses



Die Zeit der Plakate ist wieder vorbei.

Das Sommerfest der Landes-SPD bot Gelegenheit für kritische Gespräche mit den anwesenden Politikern

Wenn Sie diese MZ-Ausgabe lesen, sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag schon wieder Vergangenheit, und auch der Tag der Einheit ist, je nach Ergebnis und Ansicht, längst wieder freudig oder nachdenklich begangen. Der Deutsche Mieterbund hatte die großen Parteien CDU/CSU und SPD im Wahlkampf dafür kritisiert, dass sie die Mieten-

und Wohnungspolitik bis dahin nicht vorkommen lassen. Bei den kleinen Parteien Die Linke und B90/Grüne konnten wir zumindest hier und dort solche Wahlplakate sehen (siehe Fotos). Die Miniparteien kamen gelegentlich wohl nur in der TV-Wahlwerbung vor und das vermeintliche Wahlplakat der Hundekollegenpartei erwies sich bei näherem Hinsehen dann doch nur als

noch hinweisen. Die ohnehin zurückhaltende Wahl-Stimmung der Sozialdemokraten auf dem Fest wurde dadurch zwar nicht deutlich besser, aber man hat uns mehrfach versichert, hier noch nachsteuern zu wollen. Ob das geschehen ist, wird man sicher danach gesehen haben können. Im sogenannten TV-Kanzler-Duell jedenfalls kam die Woh-

nungspolitik, wenn überhaupt, nur marginal vor. Wir hatten auf unserer Internetseite allen Nutzern die Möglichkeit mit dem Miet-O-Mat des DMB eingeräumt, die Antworten von Parteien auf unsere mieterrelevanten Fragen anzusehen und hieraus gegebenenfalls ihr Stimmverhalten abzuleiten. Wer sich über das Wahlergebnis nun etwa wundern sollte (bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt) und die Ergebnisse der DMB-Befragung nicht für sein Wahlverhalten genutzt hat, kann ja gerne noch einmal nachschlagen. Egal wie, wir werden damit leben müssen und sind uns schon heute darüber einig, dass wir die Interessen der Mieter wohl auch weiterhin vehement gegenüber der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene vertreten werden.

Dr. Rainer Radloff

Haus & Grund und die „Betriebskostenbremse“

Potsdam - Der Landesverband Haus & Grund (H&G) hatte am 23. September 2017 seinen Landesverbandstag in Potsdam. Unser Landesvorsitzender war eingeladen, um in einer Podiumsdiskussion über das Thema „Brauchen wir eine Betriebskostenbremse?“ zu diskutieren. Natürlich ist uns bewusst gewesen, dass diese Frage zwar einen ernstzunehmenden Hintergrund hat, jedoch gleichzeitig auch etwas sarkastisch formuliert war.

Denn der Landesvorsitzende von H&G, Rechtsanwalt Lars Eichert, hatte in Gesprächen mit mir und auch öffentlich seine ablehnende Haltung zur sogenannten „Mietpreisbremse“ mehrfach deutlich gemacht, und selbst im „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ der Landeshauptstadt sowie im Landesbündnis hatten wir mehrfach Gelegenheit, darüber miteinander zu diskutieren. In einem Wortspiel aus der Mietpreisbremse

nun eine Betriebskostenbremse abzuleiten, halte ich zunächst für witzig. Dennoch stimmen wir, beide Verbände und beide Landesvorsitzende, ja dazu überein, dass auch Steigerungen bei den Betriebskosten die Wohnkosten nicht unerheblich weiter belasten. H&G allerdings meint naturgemäß in erster Linie die kommunal veranlassten und wir meinen alle. Dennoch haben wir bereits in der Vergangenheit einiges gemeinsam veranlasst, um zumindest einen Teil der Kosten zu minimieren. Das kommt schließlich den Hauseigentümern wie auch den Mietern zugute. Insoweit werden wir auch hier wieder gemeinsame Aktionen verabreden können. Ob dem H&G allerdings unsere

Position zu den Altanschlößern und den daraus resultierenden Entscheidungen vieler Wasser- und Abwasserzweckverbände gefallen wird, wage ich zu bezweifeln. Denn ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die Abkehr von der Mischkalkulation (Erschließungsbeiträge durch Eigentümer und Gebühren durch Endverbraucher) hin zur alleinigen Finanzierung durch erhöhte Gebühren die Mieter erheblich benachteiligt. Man kann auch sagen, die vermietenden Eigentümer werden bereichert und die Mieter müssen zahlen. (Da die Veranstaltung erst nach Redaktionsschluss der Mieterzeitung stattfand, werden wir im Dezember zu den Ergebnissen berichten.) **Dr. Rainer Radloff**

Brandenburger Mieterfreunde – Sicherer im Netz

Haupt- und ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder des Mietervereins Brandenburg und Umgebung konnten bei einer Schulungsveranstaltung des Projektes „Digitale Nachbarschaft“ (DiNa) im Juni 2017 ihr Wissen zum sicheren Umgang mit dem Internet und IT-Sicherheit festigen.

Ob zu Datensicherheit, verschlüsselter Kommunikation, sicherem Einkaufen und Bezahlen im Internet oder zum souveränen Umgang mit sozialen Medien wurden die Teilnehmer sensibilisiert, trainiert und befähigt, ihre

Kenntnisse an andere weiterzugeben. Interessant und kurzweilig wurden alle Fragen der Teilnehmer rund um das Thema Sicherheit im Netz beantwortet.

Die Absolventen des Mietervereins Brandenburg sind sicher, ein Besuch des DiNaMobils des Projektes „Deutschland sicher im Netz“ lohnt sich!

Wollen auch Sie lernen, wie Sie selbst und Ihr Verein sicherer im Netz werden und wie Sie anderen helfen können, ebenfalls sicherer zu surfen – Informationen erhalten Sie unter:

www.digitale-nachbarschaft.de



Foto: DiNa

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung

Der Mieterschutzverein Potsdam-Mittelmark lädt alle Mitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung am **17. November 2017** in der Geschäftsstelle Eisenbahnstraße 16, 14542 Werder, von 10.00 bis etwa 12.00 Uhr ein.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Begrüßung
2. Bestätigung der Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Wahl des Versammlungsleiters
4. Wahl der Wahlkommission
5. Vorstandsbericht und Diskussion
6. Beschlussfassung Entlastung des Vorstandes
7. Bestimmung der Kandidaten für den Vorstand und Rechnungsprüfung
8. Wahl des Vorstands
9. Wahl des Rechnungsprüfers
10. Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Potsdam u. U. e. V.
11. Sonstiges
12. Schlusswort des/der neuen Vorsitzenden

Ilka Stolle, Vorsitzende

Mieterverein Dahme-Spreewald

Die neue Adresse des Mietervereins Dahme-Spreewald lautet seit dem 5. September 2017: Friedrich-Engels-Straße 23a